

# Bericht

## des Arbeitskreises Bahnpolitik

zur Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter  
der Länder (GKVS) am 12./13. September 2018 in Erfurt  
und zur Verkehrsministerkonferenz am 18./19. Oktober 2018 in Hamburg

### **TOP 5.11/ Renditeansätze von DB-Einheiten**

#### **TOP 5.7**

Relativ hohe kalkulatorische Zinssätze bei der Wirtschaftlichkeitsrechnung der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes haben in den letzten Jahren bewirkt, dass hohe Folgekosten bei den Ländern entstanden sind – entweder über einmalige WR-Zahlungen oder gestiegenen Infrastrukturnutzungsentgelten im SPNV. Beispielhaft sind hier die angesetzten Eigenmitteln von DB Station&Service für den Unterhalt von Aufzügen nach einem barrierefreien Ausbau genannt. Als Konsequenz hatte dies zur Folge, dass viele sinnvolle Infrastrukturprojekte für die Länder nicht finanzierbar waren bzw. auch die Bestellungen im SPNV darunter gelitten haben.

Bis vor einigen Wochen betrug der von den EIU des Bundes angesetzte kalkulatorische Zinssatz 7,5 % mit Ausnahme der Flächenvermarktung. Die DB hat nun im Mai 2018 die Renditeansätze für ihre Einheiten in den meisten Fällen reduziert, bei den EIU um 1,5 Prozentpunkte auf 6 %. Begründet wird diese Änderung alleine als Anpassung aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus. Bei den Unternehmen im Personenverkehr gab es allerdings keine Bewegung nach unten, dort liegen die Zinssätze nach wie vor bei 10 %.

Diese Teil-Anpassung ist aus Sicht der Länder grundsätzlich zu begrüßen und angesichts des bereits sehr lange niedrigen Zinsniveaus als überfällig zu bezeichnen. Allerdings spiegeln sich in diesen reduzierten Zinssätzen noch in keinster Weise die im Koalitionsvertrag gemachten Aussagen wider, wonach künftig nicht die Maximierung des Gewinns bei der DB für den Bund im Vordergrund stehen wird, sondern die Maximierung der Schienenverkehre. Bislang sind auch keine konkreten Initiativen des Bundes bekannt, wie und in welchem Umfang er bei der DB weitere Reduzierungen umsetzen will. Eine dementsprechend weitreichende Forderung der Länder scheint opportun, um eine solche Entwicklung zu forcieren.